

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 97 (2003)
Heft: 11

Artikel: Amerikas Sendungsglaube und imperiale Politik
Autor: Berger, Roman
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144426>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Imperium als Droge

Das Gespräch fand im Nordwestzipfel der USA statt, auf der anderen Seite des Kontinents, dort, wo vor erst rund 170 Jahren die Besiedlung Amerikas abgeschlossen worden war. Nach einem fünfstündigen Flug und drei Stunden Autofahrt traf ich im kleinen Fischerdorf Waldport im Bundesstaat Oregon den Historiker *William Appleman Williams* (1921–1990). Sein Buch *«Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie»* (1959), eine scharfe Kritik an der Machtpolitik der USA, hatte ihn weltweit bekannt gemacht. Williams provozierte mit seinen Thesen auch die Aufmerksamkeit des Grossinquisitors *Joseph McCarthy*, der den Historiker in den 50er Jahren vor seinen Kongressausschuss zur Untersuchung «unamerikanischer Aktivitäten» zitierte. William Appleman Williams gilt als Vater einer neuen Schule *kritischer Historiker* in den USA. Sie war entstanden als Reaktion auf die Art, wie eine idealisierte Vergangenheit immer wieder zur Rechtfertigung der Gegenwart herangezogen wird.

Sein 1980 veröffentlichtes Buch trug den Titel *«Empire as a way of life»*. Williams These lautet: In Amerikas Geschichte gibt es einen steten Drang, die Grenzen ständig zu erweitern. Die ehemalige Kolonie befreite sich und eroberte den ganzen Kontinent. Williams spricht von einem Zwang, «immer mehr als alle anderen zu besitzen». Die ständig erweiterte Einflusszone der USA sei keine Folge von Zufällen, sondern ein Produkt der inneren Dynamik. Die in der amerikanischen Geschichtsauffassung romantiserte *«frontier»* (Grenze) versteht Williams nur als Deckname für *«Imperium»*. Von ihrem «imperialen Lebensstil» seien die USA wie von einer Droge abhängig geworden, meint der Historiker.

Williams bringt den «American way of life» in Verbindung mit Imperium, einem Hunger nach immer mehr. *«Imperium»*, *«imperialistisch»* waren aber

Roman Berger

Amerikas Sendungsglaube und imperiale Politik

Die Leserinnen und Leser der Neuen Wege haben Roman Berger in einem NW-Gespräch bereits als hervorragenden Kenner der russischen Geschichte und Politik kennen gelernt (NW 2/2002). Als USA-Korrespondent des Tages-Anzeigers in den Jahren 1976 bis 1982 hat er aber auch den Imperialismus der anderen, nunmehr allein verbliebenen Weltmacht studiert. Älteren Leserinnen und Lesern sind gewiss auch Bergers damalige «Briefe aus Washington» oder sein nach wie vor aktuelles Referat «Kapitalismus und Demokratie in den USA» (6/1980) in guter Erinnerung. Im vorliegenden Text, dem Hauptreferat an der «Pax Americana»-Tagung der Paulus-Akademie, weist der Autor nach, dass sich die Regierung des George W. Bush auf eine imperiale Ideologie stützt, die tief in Amerikas Geschichte verwurzelt ist. Neu ist nur, dass die Neokonservativen sich heute nicht mehr genieren, selbst und selbstbewusst vom Amerikanischen Imperium zu sprechen. Ja, der Imperialismus wird in der heutigen US-amerikanischen Sicherheitsdoktrin zum deklarierten Programm gemacht. Der 11. September 2001 lieferte dafür den willkommenen Vorwand. Erschreckend ist das autoritäre Denken, das sich nun auch in der Innenpolitik der USA Bahn bricht. Aber es gibt noch ein «anderes Amerika», das seit den Gründervätern weiss, wie eng Messianismus und Tyrannei miteinander verbunden sein können. Es besteht auch heute Grund zur Hoffnung, dass die Welt sich nicht «mit der Tatsache eines monolithischen Monsters Amerika abfinden muss, das dank seiner militärischen Übermacht unkontrolliert durch die Welt torkelt und dabei auf die Unterstützung einer Mehrheit von Amerikanern zählen kann».

Red.

damals Begriffe, die für die andere, inzwischen verblichene Weltmacht *Sowjetunion* reserviert waren. Wer konnte es wagen, Imperium und USA gleichzusetzen! Amerika war doch die führende Demokratie, die im Namen des freien Westens nur das Gute auf allen Kontinenten verteidigte.

20 Jahre später und bald 15 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges wird «amerikanisches Imperium» in Washington nicht mehr als Schimpfwort empfunden. In der Rhetorik einer Gruppe von neokonservativen Intellektuellen und den ihnen nahestehenden Politikern wird *Imperium ohne Führungszeichen*, ja mit Stolz als Programm und Schlachtruf gebraucht. *Robert Kagan*, ein führender Autor der Neokonservativen, schreibt: «Seit ihrer Gründung sind die USA eine expansive Macht. Der Appetit nach neuen Grenzen ist ungestillt.»

Es ist erstaunlich. Kagan, ein Hofautor der heutigen US-Administration, und Williams, ein Kritiker amerikanischer Machtpolitik vor 20 Jahren, sind sich einig. Der eine nannte den imperialistischen Drang nach immer mehr eine «Droge» der andere «Appetit». Auch der Chefkomentator des «Wall Street Journals», *Max Boot*, spricht ohne Hemmungen vom *Amerikanischen Imperium*, macht allerdings auf einen wesentlichen Unterschied zu früheren Imperien auf-

(Au: «The Economist» vom 7. Juni 2003)



merksam: «Amerika ist ein attraktives Imperium, dem alle angehören wollen.»

Die *Imperialismus-These* eines Kritikers von links wird 20 Jahre später von einer neokonservativen Elite bestätigt und in der *neuen Sicherheitsdoktrin* der US-Regierung zum Programm gemacht. Diesen Pendelausschlag ausgelöst hat laut Ansicht der meisten Kommentatoren der 11. September 2001. Nach den mörderischen Anschlägen lautete die gängige Sentenz: «Nichts wird mehr so sein wie früher.» Die Bilder dieses Tages wurden als Zeitenwende, Epochen- und Geschichtsbruch interpretiert. Stimmt das? Hätte man nicht dann von einer Zeitenwende sprechen können, wenn die Explosionen vom 11. 9. die Politiker und Kommentatoren tatsächlich dazu gebracht hätten, ihre vertraute Sicht der Dinge ins Wanken zu bringen? Zum Beispiel sich zu fragen, ob sich draussen in der Welt Entwicklungen abspielen, über die sie noch nicht nachgedacht haben?

In Wirklichkeit war das Gegenteil der Fall. In den USA haben die Terroranschläge nur *altes Denken* wieder verstärkt zum Vorschein gebracht. Eine Ideologie wurde hof- und regierungsfähig gemacht, die noch im Kampf gegen den Kommunismus formuliert worden war, deren Exponenten nach dem Verschwinden des alten Feindes nur auf eine neue Bedrohung warteten. Der 11. September wurde für sie zu einer Sternstunde. «Jetzt, da der andere Kalte Krieg vorbei ist, hat der wirkliche Kalte Krieg begonnen», verkündete *Irving Kristol*, ein Neokonservativer der ersten Stunde und Vater des Herausgebers der neokonservativen Zeitschrift «Weekly Standard», *William Kristol*.

Erste Offensive in den 70er Jahren

Blenden wir zurück. Der Widerstand oder die Offensive der Neokonservativen entzündete sich an Amerikas Innenpolitik der 70er Jahre. Eine während Jahrzehnten breit abgestützte Reformkoa-

lition brach auseinander. Die sogenannten «*New Deal*»-Reformen, die nach der grossen Wirtschaftskrise in den 30er Jahren den amerikanischen Weg in den Sozialstaat gebahnt hatten, die Minderheiten und die Armen in die Gesellschaft zu integrieren versuchten, wurden plötzlich in Frage gestellt. Weil die Reformen Erfolg hatten, bekam Amerikas weisse Mittelklasse die *Konkurrenz der schwarzen Minderheiten* zu spüren. Die Weissen machten nun Opposition gegen die Gleichstellungsprogramme für die Schwarzen. Gespalten wurde die «New Deal»-Koalition auch durch die Bewegung gegen den *Vietnamkrieg*, durch die *Bürgerrechtsbewegung* der Schwarzen und eine Gegenkultur an Amerikas Universitäten, der nichts mehr heilig war. Dort ging das Sternenbanner in Flammen auf, wurde gegen Kapitalismus und puritanische Moral Sturm gelaufen. Unter diesem Druck driftete die Demokratische Partei nach links ab. Eine Gruppe von *konservativen Demokraten* leistete Widerstand und machte Gegensteuer. Sie verstanden sich als Gegenelite zum Linksliberalismus in der Demokratischen Partei und wurden Neokonservative genannt.

Diese Krise und die Befindlichkeit der Neokonservativen hat *Samuel Huntington* 1975 in einem viel beachteten Aufsatz dargestellt. Amerikas politisches System sei überlastet, was zu einer Unregierbarkeit der Demokratie und einer *Schwächung der USA als Weltmacht* geführt habe, vertrat Huntington. Unter dem Titel «*Die demokratische Verstimmung*» schrieb der Politologe: «Ein Vierteljahrhundert waren die Vereinigten Staaten die Hegemonialmacht im Weltordnungssystem. Krankheitssymptome in der Demokratie haben jedoch bereits Unsicherheit unter den Verbündeten verursacht und könnten sehr wohl Abenteuerlust unter unseren Feinden hervorrufen. Wenn amerikanische Bürger ihrer Regierung nicht vertrauen, warum sollten es wohlmeinende Auslän-

der... Wenn amerikanische Bürger die Autorität der amerikanischen Regierung in Zweifel ziehen, warum sollten es dann nicht auch unfreundliche Regierungen tun... Ein Niedergang der Regierbarkeit der Demokratie zu Hause bedeutet einen Niedergang des Einflusses der Demokratie im Ausland.»

Amerika wieder moralisch auf Vordermann bringen konnte nach Ansicht Huntingtons und der Neokonservativen nur eine *Wiederbelebung des Antikommunismus*, der im Tauwetter der Entspannungspolitik an Kraft verloren hatte. Von den Neokonservativen attackiert wurden damals aber nicht etwa die Tauben, sondern Realpolitiker wie *Kissinger*, das Aussenministerium und die CIA. Anstatt Abrüstungs- und Entspannungspolitik forderten sie eine *Militarisierung der US-Aussenpolitik*. Nicht *eindämmen* wollten sie das Sowjetimperium, sondern *zurückrollen*. Einer der schon damals führenden Neokonservativen, *Richard Perle*, formulierte es so: «Es ging um den Nachweis, dass die Entspannungspolitik nicht funktionieren konnte, und dass man wieder auf Sieg setzen musste.»

Solschenizyn als Kronzeuge

Zu einem eigentlichen Kronzeugen der Neokonservativen wurde Alexander Solschenizyn, der als verfolgter Dissident aus dem «Reich des Bösen» gekommen war. In seiner berühmten *Rede an der Harvard Universität* 1978 hatte Solschenizyn nicht wie erwartet ein Loblied auf die neu gewonnene Freiheit im amerikanischen Exil gesungen, sondern den Westen wegen seiner angeblichen Feigheit und Dekadenz hart gegeisselt.

Das Weltbild der Neokonservativen der 70er Jahre ist auffallend deckungsgleich mit jenem der Nachfolgegeneration von heute. Besonders deutlich kommt das in den Stellungnahmen zur *Politik im Nahen Osten* zum Ausdruck.

Zwei Jahre nach dem Yom Kippur-Krieg und dem ersten Ölpreisschock vertrat der Politologe *Robert W. Tucker*

im damaligen Organ der Neokonservativen «Commentary» Thesen, die heute als thematische Begründung für den Krieg gegen Irak gelesen werden können. Der Politologe an der Johns Hopkins Universität und spätere Wahlkampfberater Ronald Reagans forderte 1975: Eine Nahostpolitik mit Öl als Dominante sei unmoralisch, mache Amerika zur Geisel der arabischen Regime und opfere Israel. Hauptaufgabe der US-Politik sei es, die Region als Ganzes zu *stabilisieren*. Doch dies dürfe nicht durch eine proarabische Politik auf Kosten der «special relationship» mit Israel gehen. Tuckers Fazit: Die USA hätten keine andere Wahl, als selber *militärisch zu intervenieren* und ein System von auf Washington fixierten *Klientelstaaten* aufzubauen. Ein Bollwerk müsse errichtet werden, sowohl gegen interne sozialrevolutionäre Veränderungen (wie im Iran nach dem Sturz des Schahs) als auch zur langfristigen militärstrategischen Sicherung des Mittleren Ostens.

Tucker formuliert 1975 mit erstaunlicher Klarheit, was 28 Jahre später die Regierung Bush junior in die Praxis umzusetzen versucht. Tucker sprach vom Aufbau von Klientelregimen. Heute ist von der «Stabilisierung» und «Demokratisierung» des Nahen Ostens, einer *umgekehrten Dominotheorie* die Rede.

Autoritäres Konzept

Ein anderes Kampffeld von strategischer Bedeutung für die Neokonservativen waren und sind die *Medien*. Anfangs der 70er Jahre hatte die «Washington Post» die *Watergate Affäre* aufgedeckt, was *Präsident Nixon* 1974 zum Rücktritt zwang. Dieses Ereignis diene liberalen Kräften als Beweis dafür, wie in den USA die «Vierte Gewalt» und «check and balance» funktionieren.

Gerade die Leuchttürme im amerikanischen Medienmeer, die «Washington Post» und die «New York Times», welche die Machtmissbräuche unter Nixon und später auch unter Reagan

aufdeckten, mussten sich von den Neokonservativen den Vorwurf fehlender Loyalität und *mangelnden Patriotismus* gefallen lassen. Die wichtigsten Figuren der neokonservativen Intellektuellen, die ja auch aus dem Journalismus kamen, behaupteten, die Medien seien *von Linken unterwandert* und für Amerikas grösste Schmach seit dem Zweiten Weltkrieg, die *Niederlage in Vietnam*, verantwortlich. Der Krieg gegen die vietnamesischen Kommunisten, so argumentieren die Neokonservativen, sei zu Hause an den Fernsehbildschirmen und nicht in Vietnam verloren gegangen.

Die Offensive der Neokonservativen ging aber noch weiter. Im Text «Demokratische Verstimmung» fordert Samuel Huntington *Verständnis für die «extra-konstitutionellen Aktivitäten des Präsidenten»*, wie sie im Watergate Skandal aufgedeckt wurden. Täuschung, Gewalt, Verletzung individueller Rechte, so rechtfertigte Huntington, seien ja nur deshalb eingesetzt worden, um die Gesellschaft vor noch grösseren Gefahren von aussen zu schützen. Hier kommt zum Vorschein, was Huntington unter «Demokratischer Verstimmung» versteht und was diesem Schwächeanfall gegenüberzustellen sei: Es ist ein autoritäres Konzept, das der ständigen Definition eines *Feindes*, eines *Ausnahmestandes* bedarf, der einen starken, von der Gesellschaft möglichst unabhängigen Sicherheits- und Verteidigungsstaat rechtfertigt.

30 Jahre später kommt das gleiche autoritäre Denken erneut zum Vorschein. Diesmal nicht im Schatten eines kriminellen Skandals (Watergate), sondern am helllichten Tag, im «Krieg gegen den Terrorismus». In der Verfassung garantierte Rechte werden ausser Kraft gesetzt oder einfach missachtet, ohne dass in der öffentlichen Meinung spürbarer Widerstand geleistet wird.

Die Attacken gegen die angeblich links gesteuerten Medien hatten Erfolg. Die wenigen noch wirklich *liberalen Medien* sind *Randerscheinungen* geworden

und haben an Einfluss auf die Gestaltung der politischen Tagesordnung verloren. Gerade wegen der Angriffe von rechts geben sich die liberalen Medien heute Mühe, fair und ausgewogen zu sein. Während die konservativen Medien, Radio und Fernsehen, polemisch und ständig in Angriffsstimmung sind. In Europa lästern wir immer noch über CNN. In den USA aber ist CNN inzwischen vom superpatriotischen *Murdoch-Sender Fox News* überholt worden, der das gesamte Informationssystem in den USA noch weiter nach rechts verschoben hat.

Es waren die Aufweichungserscheinungen des *Tauwetters* in den 70er Jahren, der Interessenkonflikt zwischen Verteidigungsstaat und Sozialstaat sowie die Kulturrevolution, welche die Neokonservativen zu ihrer ersten Offensive anstachelten. Ihre Vorstellungen von Amerikas Mission in der Welt wurzeln aber tief in der Geschichte der Vereinigten Staaten, in der fundamental religiösen Vorstellung von der Sonderrolle und der revolutionären Bestimmung der USA.

Amerika – das «Neue Jerusalem»

Als die anglikanischen Dissidenten 1629 in Massachusetts landeten, wollten sie eine *religiös inspirierte Gemeinschaft* gründen, ein «Neues Jerusalem», das die Welt des korrupten «alten Europa» überwunden hatte. Von dieser Erfahrung gelangten die Puritaner zur Schlussfolgerung, die ganze Welt sei dazu bestimmt, das amerikanische System zu übernehmen. Denn: Amerika verkörpert *das Gute* und befindet sich *im Bund mit Gott*. Eine Regierung guter Männer, die alle ihrem Gewissen verpflichtet sind, bedarf keiner rechtsstaatlichen Schranken. Und wer Gott auf seiner Seite weiss, der braucht kein internationales Recht und hat keine fremden Richter nötig. «Entweder Ihr seid mit uns oder gegen uns.»

Der bekannte Historiker *Richard Hofstadter* brachte den amerikanischen Messianismus mit einem Satz auf den

Punkt: «Es war unser Schicksal als Nation, keine Ideologien zu haben, sondern eine zu sein.» Amerika bedeutet Rechtsschaffenheit, Freiheit, Güte, wirtschaftliche Prosperität. *Friede und amerikanische Interessen* fallen zusammen. Diese Vorstellung ist so tief im täglichen Leben verwurzelt, dass sie nicht mehr als Ideologie erkennbar ist und eher wie eine naturgegebene Tatsache wirkt: Amerika ist in sich gut und verdient vollkommene Loyalität und Liebe.

Die Bösen, welche Probleme machen, sind immer *die anderen*. Dazu meinte William Appleman Williams in unserem Gespräch im Fischerdorf: «Weil man uns immer wieder sagt, unsere Gesellschaft sei die beste und alle grundsätzlichen Probleme seien für immer gelöst, entsteht die Tendenz, immer andere für die eigenen Probleme verantwortlich zu machen: Die Indianer, die Deutschen, die Japaner, die Sowjets, die Chinesen, die Kubaner, die OPEC... Und immer hoffen wir, diese Gefahren von aussen, wie seinerzeit die Indianer, irgendwo in ein Reservat abdrängen und unter Kontrolle bringen zu können. Dann, so glauben wir, könne Amerika seine eigene Geschichte, den Fortschritt und sein Glück wieder ungestört fortsetzen.»

Amerika hat für das in der Verfassung fest geschriebene «Streben nach Glück» (Pursuit of Happiness) seine eigenen Methoden und Wege gefunden. Mit den klassischen Kolonialmächten hat der amerikanische Imperialismus wenig gemeinsam. Das Geniale am US-Imperium besteht darin, dass es seiner Einflussnahme keine Grenzen gesetzt hat, dass es keine geographische Karte gibt, die diesen Einfluss abgrenzen könnte. Territoriale Annexionen über den eigenen Subkontinent hinaus waren die Ausnahme, nicht die Regel. Das US-Imperium brauchte keine koloniale Besitznahme, es war ein *informeller Wirtschaftsimperialismus*. Der «Hunger nach immer mehr», Depressionen, Überproduktion und soziale Revolution im

amerikanischen «Laisser Faire»-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts konnten nur durch die Eroberung von immer mehr Auslandsmärkten überwunden werden. Und dieser innere Druck wurde so gefährlich, dass die Zeitschrift «Harpers Weekly» im Oktober 1896 die Alarmglocke zog: Unter dem Titel «*Amerikanismus oder Sozialismus*» schrieb die Zeitschrift: «Wir müssen die Aussenmärkte beherrschen oder wir werden zu Hause die Revolution erleben.»

Der amerikanische Wirtschaftsliberalismus erhielt den Namen «*Open Door Policy*», eine globale Politik der Offenen Türe. *Ökonomische Hegemonie* anstelle von Kolonien. «*Empire within another sovereign state*» (Imperium innerhalb eines anderen, souveränen Staates) bezeichnete US-Aussenminister *Sumner Welles* 1944 diese verdeckte Form des amerikanischen Wirtschaftsliberalismus – eine Frühform der Globalisierung.

Die Strategie der «Offenen Türe» stellte Washington immer wieder vor die Frage nach den Mitteln, mit denen die «Offene Türe» geöffnet oder verteidigt werden konnte. Besonders in *Lateinamerika*, das in Washington bis heute *Western Hemisphere* genannt wird. Unter Berufung auf die *Monroe-Doktrin* haben die USA seit dem 19. Jahrhundert bewaffnete offene und verdeckte Interventionen unternommen und einheimische Diktaturen eingerichtet, die als verlängerter Arm Washingtons funktionierten. Die USA betrachteten Lateinamerika immer als exklusive Einflusszone. Zuerst als Puffer gegen Spanien. Später hiess das Argument: Wenn es Hitler oder Stalin gelingen sollte, ganz Europa zu beherrschen, dann bleibt uns Lateinamerika als sicherer Hinterhof. Amerika war immer misstrauisch gegenüber Allianzen mit anderen. Die USA waren nie isolationistisch, sondern zogen den Alleingang vor.

Bezeichnend ist auch die Sprachregelung, wenn einmal die «Open Door»-

Politik nicht funktionierte. Als China kommunistisch wurde, ertönte in den USA der empörte Schrei: «Who lost China?» Oder als die Radikalreformen in Russland nicht die von den USA erwarteten raschen Resultate zeitigten, kam die gleiche vorwurfsvolle Frage: «Who lost Russia?» Aber *verlieren* kann man nur etwas, was man zu *besitzen* glaubte.

Die Warnung der Gründerväter

Neben der Tradition des amerikanischen Sendungsbewusstseins gibt es in der US-Geschichte auch noch eine *andere, skeptische Haltung*, von der aber bezeichnenderweise heute weniger die Rede ist. Nur 200 Jahre nach der Ankunft der Puritaner sahen die säkularisierten Väter der amerikanischen Verfassung ihr Land nicht mehr als «Neues Jerusalem», sondern als «*Experiment*», das auch misslingen könnte. Der Fall der griechischen Stadtstaaten und des römischen Reichs diente ihnen als Warnung. Sie verstanden, dass *vom Messianismus in die Tyrannei* ein direkter Weg führen kann. Dass Fanatismus und Verblendung in der Politik nahe beieinander liegen. Aus diesem Grund bauten sie in der Verfassung das System von «check and balance» ein, das dem Volkswillen und der Regierung Zügel anlegen sollte.

Alexander Hamilton warnte die Amerikaner davor, ihr Land als «Neues Jerusalem» zu sehen: «Haben wir nicht schon genug gesehen von dieser Irreführung, Extravaganz dieser müssigen Theorien, die uns mit ihren Versprechen vorgegaukelt haben, wir seien von den Schwächen, schlimmen Unglücken bewahrt, die Gesellschaften ausgesetzt sind? Es ist Zeit, von diesem trügerischen Traum eines Goldenen Zeitalters aufzuwachen und eine pragmatische Maxime zu wählen für unser politisches Verhalten. Wir müssen verstehen, dass wir so wie die übrigen Völker der Erde noch sehr weit entfernt sind von dem glücklichen Imperium einer perfekten Weisheit und per-

fekten Tugend.» Oder *John Quincy Adams*, der 1821 die Hoffnung äusserte: «Amerika geht nicht in die Welt hinaus auf der Suche, um Monster zu zerstören.» Der bessere Weg sei es, die eigenen Institutionen so perfekt wie möglich zu machen, das eigene Land so perfekt wie möglich zu regieren. *Nicht Interventionen* im Ausland, sondern *Beispiel geben* bei der Regierung des eigenen Landes.

Amerika war damals noch keine Grossmacht. Das «check and balance»-System war für den Ausgleich der Interessengruppen innerhalb der jungen Republik vorgesehen. Dieses Erbe des skeptischen Liberalismus der Verfassungsväter ist heute in Gefahr, vor allem, was die *Führung der Aussenpolitik* betrifft. Die Verfassung macht den Präsidenten zum Oberkommandanten der Streitkräfte, das Recht, Krieg zu erklären obliegt aber ausschliesslich dem Kongress. Gemäss Verfassung existiert hier check and balance. Aber in der Praxis sieht es anders aus.

Der *Vietnamkrieg* demonstrierte das Versagen der politischen Kontrolle und die Dominanz des Militärs. Aus dieser Zeit stammt auch der Begriff der «*imperialen Präsidentschaft*». Als Folge des Vietnamdebakels wurde die Präsidentschaft wieder stärker in die legislative Kontrolle eingebunden. Doch der Präsident behält in der Sicherheits- und Aussenpolitik eine überragende Rolle. Für den Kongress bleibt Aussenpolitik eine Nebenbeschäftigung, die wahlpolitisch nichts bringt und höchstens schaden kann.

«Messianisten» und «Pragmatiker»

In jeder amerikanischen Administration gibt es Widersprüche und Spannungen zwischen den Lagern der «Messianisten» und «Pragmatiker». Auch heute in der alles andere als homogenen Bush-Administration. Ich konnte das am Beispiel der Regierung von *Jimmy Carter* (1976–1980) beobachten. Der «wiedergeborene Christ» und Prediger aus dem

Südstaat Georgia weckte zuerst Hoffnungen bei der religiösen Rechten. Carter schlug dann aber für amerikanische Ohren ungewöhnliche Töne an. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit sprach er im «Land der unbegrenzten Möglichkeiten» von der Notwendigkeit, *Grenzen* anzuerkennen. Amerika könne nicht immer zu «neuen Grenzen» aufbrechen, sondern müsse sich auch um die Zukunft sorgen. Konkret: beim *Verbrauch der Energie* sparen lernen.

In nur vier Jahren gelang es Carter, einige Meilensteine auf dem Weg zu einer friedlicheren Welt zu errichten. 1977 erklärten sich die USA bereit, den Panama-Kanal abzutreten. 1978 vermittelte Carter einen Frieden zwischen Israel und Ägypten. Und 1980 unterzeichneten Carter und Breschnew Verträge über die Begrenzung der strategischen Rüstung. Carter war der erste US-Präsident, der die *Menschenrechte in der Aussenpolitik* institutionalisierte. Washington gab den Menschenrechten einen anderen Stellenwert und änderte das internationale Klima für Menschenrechte.

Aber auch unter Carter demonstrierte Amerika seine imperiale Arroganz. In der Silvesternacht 1978 erhob Carter im Kaiserpalast von Teheran sein Glas auf den *Schah von Persien*. Er lobte ihn als grossen Modernisierer und Befreier, der sein Land zu einer Insel der Stabilität gemacht habe. Wenige Monate später brach Amerikas Stellvertreterregime und Entwicklungsmodell im Mittleren Osten zusammen. Den unglücklichen, viel zitierten Silvester-Trinkspruch erhielt Carter von seinem Sicherheitsberater *Zbigniew Brzezinski* eingeflüstert. Der Geostratege verstand damals den Iran als Bollwerk gegen die Sowjetunion und hatte keine Ahnung, was in Iran selber vor sich ging. Brzezinski machte die Sowjetunion für alle Probleme der Welt verantwortlich und forderte zusammen mit den Neokonservativen eine militärische Überlegenheit über Moskau.

Im Lager der Pragmatiker befand sich

Carters Aussenminister, *Cyrus Vance*. Der Ostküsten-Anwalt distanzierte sich von Brzezinski und zog es vor, mit Moskau zu verhandeln. Carter zögerte, sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden. 1980 wurde er von *Ronald Reagan* besiegt, der wieder genau wusste, was Amerikas «Mission» ist und bei seiner Amtseinsetzung den berühmten Satz von *Thomas Paine*, einem Anführer der amerikanischen Revolution, zitierte: «Amerika hat die Kraft, die Welt neu zu beginnen.»

Diese Kraft hat aber nach dem endgültigen Verschwinden des Jahrhundertfeindes bedenklich nachgelassen. Das stellte 1996 eine hochkarätige Regierungskommission mit dem Namen «Americas National Interest» fest: «Nach vier Dekaden ungewöhnlicher Zielstrebigkeit im Zurückdämmen der sowjetischen Expansion haben wir fünf Jahre von improvisierten Starts gelebt. Wenn das so weiter geht, wird dieses Abgleiten unsere Werte, unsere Reichtümer und schliesslich auch unsere Leben gefährden.» Amerika sei mit seiner Pop- und Hollywood-Kultur eine «*soft power*» geworden, welche die Welt in ihren Bann ziehe. Es sei nun aber an der Zeit, dass Amerika wieder «*hard power*» werde, die ihren Willen durchsetzen könne.

Mit anderen Worten: Ohne ein *neues Feindbild* sahen sich die USA in ihrer Rolle als Weltleader, ja in ihrer Existenz gefährdet. Es brauchte wieder eine Bedrohung, die sich beim Volk als ernsthaft genug verkaufen lässt. Sie kam mit dem Schock vom 11. September.

Washingtons Scheinwerfer

«What a fixation!» stöhnte Aussenminister *Colin Powell*, als er im Sommer 2002 noch gegen die auf *Irak* fixierte Kriegspartei innerhalb der Administration ankämpfte. In den letzten Monaten war die ganze Welt auf Irak fixiert. Es ist nicht das erste Mal, dass wir uns von Washingtons Spindoktoren auf ein Land fixieren lassen, auf das die US-Regierung

ihre Scheinwerfer gerichtet haben will: Afghanistan, Iran, Nicaragua, Kuba, die Sowjetunion. Immer sind die gleichen Mechanismen am Werk. Sie funktionieren wie Scheinwerfer, die in einem dunklen Raum beliebig von einer Ecke in die andere schweifen. Und die Heerscharen von Reportern und Kommentatoren folgen den Lichtkegeln wie Mücken, «eingebettet» oder nicht.

Von Washingtons Scheinwerfern geblendet, übersehen wir oft, dass amerikanische *Aussenpolitik* auch *Ausdruck der innenpolitischen Verhältnisse* der USA ist – natürlich unter den besonderen Verhältnissen der internationalen Machtkonstellation. Der bekannte Historiker *Arthur Schlesinger* sieht die amerikanische Politik in Zyklen. Es komme immer wieder zu Pendelausschlägen. Nehmen wir das Beispiel der letzten 20 Jahre. Während der achtjährigen Reagan-Ära und der Regierung von Bush senior dominierte *Big Business*. Darauf folgte *Clinton*, der sich wieder wie Carter an den Interessen des *Mittelstandes* und der *Arbeiter* orientierte. Mit *Bush junior* kam der rechtskonservative Flügel der Republikaner zur Macht. Bush hatte aber in den Wahlen vom November 2000 keine gesellschaftliche Mehrheit gewonnen und konnte nur dank eines Eingriffs des Obersten Gerichts das Weisse Haus erobern. Bush junior trat das ideologische *Erbe Ronald Reagans* an. In Washington kehrte die Reagan-Koalition an die Macht zurück, in der *Big Business*, insbesondere die Energie- und Rüstungsindustrie, die Neokonservativen und die nationalistisch religiöse Rechte dominieren.

In der Aussenpolitik verkündete Clintons Aussenministerin *Madeleine Albright*: «We are indispensable». Ohne die USA geht nichts. Clintons Amerika verstand sich als «reluctant Sheriff», als eine Art *Sheriff auf Zeit*, bis andere, zum Beispiel Europa, gleichziehen und Partner der USA werden. Jetzt heisst die Botschaft: «We are unchallenged.» Das Amerika von Bush sieht sich als einzige

Supermacht, die nicht nur militärisch, sondern auch politisch und moralisch die Führung der Welt beansprucht.

Gefahr einer Plutokratie

«The Center will hold», sagt man in Amerika. Mit anderen Worten: Der viel gerühmte *Common sense* der amerikanischen Mittelklasse wird obsiegen und für Korrekturen sorgen. Die amerikanische Gesellschaft hat sich aber in den entfesselten 90er Jahren des *Neoliberalismus* stark verändert. Die Kluft zwischen *Reich und Arm* ist in den USA in einem noch viel grösseren Mass als in Europa gewachsen. Privatisierung und Börsenkrise haben die Mittelklasse stark geschwächt. Die *Herrschaft des Geldes* geht heute auch Konservativen von altem Schrot und Korn zu weit. Kevin Philips, ein Republikaner und Kritiker des Kasinokapitalismus, schreibt in seinem Buch «Reichtum und Demokratie»: «Entweder wird die Demokratie erneuert und die Politik erwacht aus ihrer Erstarrung – oder der Reichtum zementiert ein neues, weniger demokratisches Regime namens Plutokratie.»

Der liberale Kommentator William Pfaff wird noch deutlicher: «Der amerikanische Nationalismus, verquickt mit dem amerikanischen Sendungsbewusstsein, wächst zu einer autoritären oder gar totalitären Macht im amerikanischen Leben heran.» Pfaff stellt fest, dass dem *Programm absoluter militärischer Dominanz*, das jetzt vorangetrieben wird, ein Politikprogramm des gleichen Zuschnitts entspricht: «Dieses (politische Programm) läuft auf die Unterdrückung jeglichen Widerstands gegen angenommene amerikanische Interessen gleich welcher Art hinaus, ohne Rücksicht auf die Interessen der Verbündeten und der Weltgemeinschaft oder auf Völkerrecht und internationale Gebräuche.»

Hoffentlich ist die Analyse des bekannten Kommentators zu pessimistisch. In der US-Politik kommt es immer wieder zu *Pendelausschlägen*. Das heisst,

in der amerikanischen Gesellschaft sind auch heute *Widerstandskräfte* vorhanden, die verstehen, dass Imperium und Demokratie in Konflikt zueinander stehen. In den USA gibt es die «*Grassroots-Bewegungen*». Sie sind – wie der Name sagt – lange unsichtbar und erscheinen eines Tages überraschend an der Oberfläche. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Welt sich ein für allemal mit der Tatsache eines monolithischen Monsters Amerika abfinden muss, das dank seiner militärischen Übermacht unkontrolliert durch die Welt torkelt und dabei auf die Unterstützung einer Mehrheit von Amerikanern zählen kann. Die innere Situation Amerikas und der Welt ist dafür viel zu komplex.

Macht und Ohnmacht.

In den schwersten Krisen des *Kalten Krieges* gab es für die USA immer *eine Gewissheit*: Beide Lager wussten, dass sie sich gegenseitig zerstören konnten, und beide Seiten wussten, dass auch der andere überleben will. Diese Gewissheit besteht heute nicht mehr. Amerika sieht sich mit einem *Feind* konfrontiert, den es im Unterschied zur Sowjetunion nicht mehr managen kann, weil er unsichtbar und bereit ist, sich selber zu opfern. Diese *Asymmetrie* von enormer Macht einerseits und extremer Unsicherheit andererseits wollen die USA korrigieren – auch mit völkerrechtswidrigen Präventivkriegen und, wenn notwendig, dem Einsatz von Nuklearwaffen. Dabei lassen sie sich von einer imperialen Ideologie leiten, vor der schon die Verfassungsväter gewarnt haben. Das macht *Amerika unberechenbar* und gefährlich. Europa muss darauf eine passende Antwort finden. ●

